Das Ende des Zeitalters der Flugzeugträger?

Wie eine neue Rakete Chinas die Spielregeln im westlichen Pazifik verändern könnte

China arbeitet an einer Mittelstreckenrakete, die in der Lage sein soll, amerikanische Flugzeugträger direkt zu attackieren. Für die Fähigkeit der USA, ihre Weltmachtrolle zu spielen, hätte eine solche Rakete weitreichende Folgen.

Martin Wagener

Es geht ein Gespenst um in Washington. In jüngsten Berichten des Pentagons, des Office of Naval Intelligence und hochrangiger militärischer Entscheidungsträger findet eine mysteriöse Rakete verstärkt Erwähnung. Auch umfassende Diskussionen am Naval War College zeigen, dass amerikanische Experten vom Bau einer neuen Angriffswaffe ausgehen, die in ihrer Bedeutung weit über bisherige Bedrohungen für Kriegsschiffe wie etwa Marschflugkörper hinausgeht. Einige Beobachter mutmassen, dass sie das Ende des Zeitalters der Flugzeugträger einleiten wird.

Technologische Hürden

Amerikanischen Quellen ist folgende Sachlage zu entnehmen (gesicherte Erkenntnisse gibt es gleichwohl nicht): Bereits seit den neunziger Jahren soll China an einer landgestützten Mittelstreckenrakete arbeiten, die einen Flugzeugträger auf eine Distanz von über 1500 Kilometern angreifen kann. Bei der Rakete handle es sich um eine umgebaute Dongfeng (DF) 21, die nun unter der Bezeichnung DF-21D geführt werde. Sie erreiche eine Endgeschwindigkeit von Mach 10 bis 12, also zirka 12 000 bis 14 400 Kilometer pro Stunde. Wird diese Rakete Realität, wäre sie einmalig im Waffenarsenal der Grossmächte. Zuvor müsste China jedoch erhebliche technologische Herausforderungen bewältigen.

Die DF-21D stünde vor allem vor dem Problem, ein bewegliches Ziel zu treffen. Benötigt sie 10 Minuten, um ihr Zielgebiet zu erreichen, dann hat sich der Flugzeugträger bei einer Geschwindigkeit von 30 Knoten über 9 Kilometer vorwärts bewegt. Die ballistische Flugkurve der DF-21D müsste daher im mittleren Teil des Fluges korrigiert werden, um die Zielkoordinaten zu aktualisieren. Im Endanflug müsste ein manövrierbarer Sprengkopf mit Suchfunktion den Flugzeugträger eigenständig finden. China dürfte gegenwärtig noch nicht in der Lage sein, eine solche Operation durchzuführen, arbeitet aber daran. Dafür sprechen zum Beispiel im Bereich der Zielortung die Indienststellung militärischer Aufklärungssatelliten sowie die Entwicklung von Drohnen und Over-the-Horizon-Radaranlagen.

Warum baut China eine solche Angriffswaffe? Peking will an seiner geostrategischen Peripherie, insbesondere in der Taiwanfrage, über grössere Handlungsspielräume verfügen. Solange die USA im westlichen Pazifik ohne Einschränkungen schalten und walten können, stösst die chinesische Macht an eine Grenze. Dieser Zustand ist im Verteidigungsweissbuch 2008 erneut moniert worden. Die Grossmächte würden «miteinander konkurrieren und sich gegenseitig in Schach halten», was sich primär auf die Militärpräsenz der USA bezieht.

Folgen für die Region

China sind die amerikanischen Manöver an seiner Peripherie, etwa im November die Aktivitäten des Flugzeugträgers USS «George Washington» im Gelben Meer, ein Dorn im Auge. Hinzu kommen angebliche «Einmischungen» in territoriale Streitigkeiten. So bestätigten die USA im vergangenen Oktober, dass der amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag von 1960 auch für die zwischen Peking und Tokio umstrittenen Senkaku-/Diaoyu-Inseln gelte.

Auslöser der Arbeiten an der DF-21D dürften aber primär die Vorfälle vom März 1996 gewesen sein. Damals hatten die USA zwei Flugzeugträgergruppen in die Nähe Taiwans entsandt und damit auf die provokativen Raketentests Chinas in den Gewässern nördlich und südlich der Insel reagiert. Peking hatte versucht, die Präsidentschaftswahlen in seiner «abtrünnigen Provinz» durch eine Drohkulisse zu beeinflussen, musste diese dann aber infolge amerikanischen Drucks aufgeben. Die Lehre Chinas ist eindeutig: Liessen sich in einem vergleichbaren Fall amerikanische Flugzeugträger aus der strategischen Gleichung in der Taiwanstrasse herausnehmen, könnte sich das Blatt zugunsten des Reiches der Mitte wenden.

Ein funktionsfähiger «carrier killer» hätte weitreichende Konsequenzen für die Spielregeln zwischen den Grossmächten. Die wichtigste: Im westlichen Pazifik würde in einem Abstand von 1500 Kilometern zur chinesischen Küste eine unsichtbare «Grosse Mauer» entstehen, die im Falle von Kampfwertsteigerungen der Rakete Richtung östlicher Pazifik vorrückt. In einer Krise wären amerikanische Flugzeugträger nur dann sicher, wenn sie ausserhalb der Reichweite der DF-21D bleiben. Kampfflugzeuge würden durch Luftbetankungen zwar auch aus grosser Distanz im Spiel gehalten, wären aber weniger reaktionsschnell.

Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Flugzeugträger wäre gerade deshalb so problematisch, weil China bereits jetzt in der Lage ist, im Ernstfall gegen die übrigen Pfeiler amerikanischer Machtprojektion vorzugehen. Verbündete könnten mittels «Raketendiplomatie» erpresst, amerikanische Stützpunkte in Südkorea und Japan mit Kurz- sowie Mittelstreckenraketen angegriffen werden. Zudem dürfte die Wahrscheinlichkeit, dass China und die USA militärische Präemptivschläge bereits im Vorfeld einer Krise erwägen, steigen, was zu einer Verschärfung des Sicherheitsdilemmas führen würde. Will das Pentagon seine Flugzeugträger in der Nähe der chinesischen Küste einsetzen, müsste es im Vorfeld DF-21D-Basen sowie unterstützende Infrastruktur, etwa Radaranlagen, angreifen.

Schon jetzt ist eine Reaktion Washingtons sichtbar: die weitere Stärkung von Raketenabwehrmassnahmen zum Schutz der Flugzeugträger. Dafür spricht die 2008 getroffene Entscheidung, verstärkt Zerstörer der Arleigh-Burke-Klasse zu beschaffen, die über Aegis-Systeme mit SM-3-Abfangraketen verfügen. Diese sind gleichwohl nicht nur gegen die DF-21D gerichtet, sondern auch gegen weitere Luftkriegsmittel, mit denen China den Vereinigten Staaten den Zugang zu fernöstlichen Gewässern erschweren will.

Ungleichgewicht der Kosten

Sollte der «carrier killer» einsatzbereit werden, müsste das Machtgleichgewicht im westlichen Pazifik neu berechnet werden. Für eine in Serie produzierte und mit einem konventionellen Sprengkopf ausgerüstete DF-21D dürften sich die Kosten in Grenzen halten. Als grober Anhaltspunkt mag der Stückpreis für die Interkontinentalrakete Trident II (D5) dienen, der nach Angaben der US Navy bei etwa 31 Millionen Dollar liegen soll. Die Kosten für einen voll ausgerüsteten Flugzeugträger werden dagegen auf 15 bis 20 Milliarden Dollar geschätzt. Gegenmachtbildung könnte für China künftig eine sehr günstige, für die USA dagegen eine sehr teure Angelegenheit werden.

Einen Effekt hätte die DF-21D bereits dann, wenn sie auch nur begrenzt einsatzbereit ist. Ende Dezember 2010 behauptete Admiral Robert Willard, der Chef des amerikanischen Pazifikkommandos, dass dies mittlerweile der Fall sei. Ist die DF-21D in der Lage, zumindest im Sichtbereich einer Flugzeugträgergruppe einzuschlagen, wäre dies ein wirkungsvolles Warnsignal an die USA. Auch aus einem ersten Test des «carrier killer» liesse sich Kapital schlagen. Peking könnte Washington darauf ein Testmoratorium anbieten, wenn Amerika im Gegenzug von militärischen Übungen an der chinesischen Peripherie absieht.

Das Pentagon ist sich der Folgen der chinesischen Strategie bewusst. Absehbar ist zum Beispiel, dass die Unterwasser-Kriegführung an Bedeutung gewinnen wird. Die Umrüstung von 4 der 18 amerikanischen U-Boote der Ohio-Klasse, die nun mit jeweils 154 konventionellen Marschflugkörpern ausgerüstet sind, hat dieser Entwicklung Rechnung getragen. Auch China konzentriert seine Energien auf diesen Bereich: Wurden 2002 nur 7 von 69 U-Booten modernen Standards gerecht, waren es 2009 bereits 31 von 65 U-Booten. Arbeiten an dem Konzept Prompt Global Strike (PGS) zeigen zudem, dass sich die USA auf Szenarien vorbereiten, in denen sie über keinen direkten physischen Zugang zum Gegner verfügen. Eine Umsetzung des PGS-Ansatzes würde dem Pentagon militärische Schläge unterhalb der Nuklearschwelle gegen jedes globale Ziel in weniger als einer Stunde erlauben. Angedacht ist dazu unter anderem, Interkontinentalraketen mit konventionellen Sprengköpfen auszurüsten.

Fragile Machtstellung

Seit 2003 zählt China zu jenen Nationen, denen eine bemannte Weltraummission gelungen ist; 2007 ist erstmalig der Abschuss eines eigenen Wettersatelliten in zirka 850 Kilometer Höhe geglückt. Warum sollte Peking also nicht auch jene technologischen Herausforderungen bewältigen, die mit dem Bau des «carrier killer» verbunden sind? Von einem Ende des Zeitalters der Flugzeugträger zu sprechen, wäre dennoch verfrüht. Offen ist unter anderem, wie das Wettrüsten zwischen Angriffsrakete und Abwehrmassnahmen der Flugzeugträger ausgehen wird. Eine Entwicklung zeichnet sich aber bereits ab: Es wird für die USA immer schwerer werden, ihr pazifisches Seeimperium aufrechtzuerhalten.

Martin Wagener ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der Universität Trier.

Karzai verschiebt Parlamentseröffnung

Abklärung von Betrugsvorwürfen

Kabul (ddp/Reuters) · Der afghanische Präsident Hamid Karzai hat die erste Sitzung des neuen Parlaments um einen Monat verschoben. Er ging damit am Mittwoch auf die Forderung eines Tribunals des Obersten Gerichtshofs ein. Dieses hatte die Verschiebung gefordert, damit den Manipulationsvorwürfen im Zusammenhang mit der Parlamentswahl vom September weiter nachgegangen werden könne.

Ebenfalls am Mittwoch wurden bei einem Anschlag in der Provinz Paktika nach Angaben der Nato-Truppen 20 Personen getötet, unter ihnen 13 Kinder. Eine motorisierte Rikscha war über die in der Strasse versteckte Bombe gefahren. Ein Sprecher der Provinzregierung erklärte, bei den Opfern handle es sich um Zivilisten. Die Zentralregierung in Kabul verurteilte den Anschlag.

Polen prescht vor mit Sanktionen gegen Weissrussland

Einreiseverbot für zahlreiche Vertreter von Lukaschenkos Regime

Das polnische Aussenministerium hat eine umfangreiche Liste mit Dutzenden von Vertretern des weissrussischen Regimes erstellt, denen die Einreise verweigert wird. Warschau eilt damit der EU voraus.

ruh. Prag · Das polnische Aussenministerium hat laut mehreren Medienberichten unilateral eine Einreisesperre für mehrere Dutzend Spitzenvertreter des weissrussischen Regimes verhängt. Unter den unerwünschten Personen soll auch der autoritäre Präsident Lukaschenko sein, nicht aber Aussenminister Martynow, über den man offenbar einen rudimentären Kommunikationskanal erhalten will. Warschau prescht damit in einer Sache vor, über welche die EU-Aussenminister Ende Januar ebenfalls beraten wollen.

Beispiellose Repression

Mit der Einreisesperre gegen Personen des Staatsapparats, die sich aktiv an der gegenwärtigen beispiellosen Repression beteiligen, reagiert Polen auf die harte Gangart gegen die politische Opposition in Weissrussland im Gefolge der Präsidentenwahlen vom 19. Dezember. In diesen erhielt Lukaschenko laut offiziellen Ergebnissen knapp 80 Prozent der Stimmen, doch waren die Wahlen im Urteil nicht nur der weissrussischen Opposition, sondern auch westlicher Beobachter manipuliert.

Bei einer Grossdemonstration nach der Schliessung der Wahllokale kam es zu Unruhen vor dem Regierungsgebäude, die aber in der Darstellung der Opposition von Agents provocateurs der Sicherheitskräfte angezettelt worden waren und als Vorwand für ein brutales Einschreiten von Spezialeinheiten der Polizei dienten. Rund 700 Personen wurden in Haft genommen. Einigen von ihnen, auch mehreren Präsidentschaftskandidaten der Opposition, drohen bis zu 15 Jahre Haft wegen angeblicher Organisation gewalttätigen Widerstands. Laut verfügbaren Informationen erlaubten die weissrussischen Behörden bisher Vertretern der EU keinen Zutritt zu den festgehaltenen Oppositionsführern und verweigern diesen elementare Rechte wie den Kontakt mit der Familie oder Rechtsvertretern.

Berichte über Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Repressionen bei Regimekritikern in Weissrussland sind inzwischen an der Tagesordnung. Während die prominenten Kandidaten der Opposition im Vordergrund stehen und international wahrgenommen werden, sind vom Druck des Regimes aber auch viele Studenten und Berufstätige betroffen, die keine Schlagzeilen machen. Doch auch ihnen droht, dass sie allein wegen politischen Engagements ihre Hochschule nicht weiter besuchen können oder Schwierigkeiten haben werden, einen Arbeitgeber zu finden.

Erinnerung an dunkle Zeiten

In einer Weise wie zu Zeiten des Kalten Krieges beschuldigte Minsk überdies den Westen, namentlich Polen und Deutschland, eine Verschwörung zum Sturz Lukaschenkos geplant zu haben. Aussenminister Martynow erklärte ferner, man habe keine andere Wahl, als auf das Vorgehen Polens mit Retorsionsmassnahmen zu reagieren.